

Nachrichten

Aufstieg durch Bildung

„Der Weiterbildung kommt eine doppelte Schlüsselrolle zu. Nur mit ihrem Ausbau wird es erstens gelingen, jeder und jedem Einzelnen die Möglichkeit zu sichern, Qualifikationen und Kompetenzen durch lebenslanges Lernen kontinuierlich zu erhalten, zu erneuern und auszubauen. Davon profitieren zweitens vor allem auch die Unternehmen, die mit differenzierten und maßgeschneiderten Qualifizierungsangeboten flexibel auf Anforderungen von Markt, Betrieb und Technik reagieren können. Ohne eine systematische Weiterbildung ist die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen über die gesamte Erwerbsbiographie hinaus nicht zu sichern. Unser Ziel ist es, die Beteiligung an der formalisierten Weiterbildung bis 2015 auf 60 Prozent zu erhöhen (2007: 43 Prozent). Die SPD wird insbesondere die Maßnahmen zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung von Geringqualifizierten ausweiten. Jeder und jede soll die zweite oder dritte Bildungschance ohne Hindernisse nutzen können.“

Bundeseinheitliche Regelungen für die Weiterbildung schaffen

- Wir wollen ein Erwachsenenbildungsfördergesetz einführen und die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen sowie die Leistungen des Staates zusammenführen. Die rechtliche Zersplitterung der Weiterbildung soll damit überwunden werden.

Rechtsanspruch auf Nachholen eines grundlegenden Schulabschlusses einführen

- Wir wollen eine Kultur der „Zweiten Chance“ voranbringen. Jeder Schulabgänger und jede Schulabgängerin ohne Abschluss soll das Recht erhalten, einen grundlegenden Schulabschluss gefördert durch die Bundesagentur für Arbeit nachzuholen.
- Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten für einen nachholenden Berufsabschluss verbessern. Wir lassen niemanden zurück.

Arbeitsversicherung statt Arbeitslosenversicherung

Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Sie soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall eingetreten ist. Das Ziel ist die Risiken einer Erwerbsbiographie besser abzusichern und die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. In der Arbeitsversicherung spielt die Förderung der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens eine Schlüsselrolle. Dazu müssen neue Instrumente für eine möglichst umfassende Weiterbildungsbeteiligung der Unternehmen und der Beschäftigten und neue Finanzierungsformen entwickelt werden.

Quelle: SPD-Parteivorstand Beschluss 1.9.2008, Pressemitteilung 472/08

BIBB-Checkliste hilft bei Qualitätsprüfung von Anbietern und Angeboten

Weiterbildung ist heutzutage in Arbeit und Beruf unverzichtbarer denn je. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind ständig gefordert, mit den sich schnell wandelnden und zum Teil auch schwieriger werdenden Anforderungen am Arbeitsplatz Schritt zu halten. Kein Wunder also, dass die Zahl der Weiterbildungs-

anbieter und -kurse stetig wächst. Doch dabei den Überblick zu behalten, fällt schwer: Wie kann ich die Qualität des Anbieters und der angebotenen Weiterbildungsmaßnahme beurteilen? Worauf muss ich bei der Auswahl achten? Antworten auf diese und viele weitere Fragen enthält die Broschüre „Checkliste – Qualität beruflicher Weiterbildung“, die das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in einer aktualisierten Neuauflage veröffentlicht hat. Weiterbildungsinteressierte erhalten mit diesem Ratgeber wertvolle Tipps, Anregungen und Hinweise, um die Angebote zu ermitteln, die zum individuellen Bedarf und den spezifischen Anforderungen am besten passen.

Folgende „Leitfragen“ stehen im Mittelpunkt der Broschüre:

- Was muss bei der Entscheidung für ein Weiterbildungsangebot beachtet werden?
- Was kostet die Weiterbildung, und was muss im Vertrag stehen?
- Wie sichert der Anbieter die Qualität seiner Kurse? Wie qualifiziert sind die Dozentinnen und Dozenten?
- Wie ist die Weiterbildungsmaßnahme aufgebaut? Welche Methoden und Medien werden eingesetzt? Wie hoch ist der Praxisbezug?
- Mit welchem Abschluss endet die Maßnahme, und wie kann ich diesen für meine eigene berufliche Zukunft später nutzen?

Abgerundet wird der Ratgeber mit einem umfangreichen Glossar von A wie „Anbieter“ bis Z wie „Zuständige Stelle“ sowie mit ausführlichen Adress-, Link- und Literaturlisten, die weiterführende Informationen enthalten. Ein persönliches Beratungsgespräch soll und kann die Checkliste nicht ersetzen. Allerdings bietet die Broschüre des BIBB eine fundierte Informationsgrundlage, mit der es

Weiterbildungsinteressierten leichter fällt, die Qualität von Angeboten und Anbietern besser zu beurteilen und einzuschätzen.

Die „Checkliste – Qualität beruflicher Weiterbildung“ steht als Download auf www.bibb.de/de/checkliste.htm zur Verfügung. Die gedruckte Ausgabe kann auch kostenlos bezogen werden beim BIBB, Fax.: 0228/107-2967, E-Mail: checkliste@bibb.de.

Heimvolkshochschulen – Weiterbildung bringt weiter

Nach der Ausbildung Neues zu lernen, ist nicht allein für das Berufsleben wichtig. Neues Wissen kann auch persönlich neue Wege frei machen. Für die Verknüpfung beruflicher, politischer und kultureller Bildung stehen die Heimvolkshochschulen in Deutschland. Eine davon hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in Brandenburg besucht.

„Was Häschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr“, lautet ein Sprichwort. Stimmt aber längst nicht mehr. Sicher, junge Menschen lernen schneller als ältere. Weil sich das Wissen heutzutage aber immer rasanter entwickelt, muss sich jeder, der auf der Höhe bleiben will, mitentwickeln. Das bedeutet, auch während des Berufslebens weiterzulernen: zum Beispiel eine neue Sprache, eine neue Maschinengeneration bedienen zu können oder mit neuen Technologien umzugehen.

Die Bedeutung der Fort- und Weiterbildung wird hierzulande immer noch unterschätzt. Deshalb hatte die Bundeskanzlerin sie auf den Plan ihrer Bildungsreise durch Deutschland gesetzt. Da kam die Grundsteinlegung für ein neues Tagungshaus bei der Heimvolkshochschule am Seddiner See, gelegen 40 Kilometer vor den Toren Berlins, wie gerufen. Seddin war die 11. Station der Bildungsreise

– und ein Wiedersehen nach fünfzehn Jahren: 1993 hatte die Bundesjugendministerin Angela Merkel die Seddiner Heimvolksschule eröffnet.

Der Besuch in der 4.000-Seelen-Gemeinde machte schnell klar: Gute Bildung findet nicht nur in der Stadt statt. Und sie hat „viele Facetten“, wie die Bundeskanzlerin anerkennend betonte.

Pferdewirte, Volkswirte und bewusste Landbewohner

Schwerpunkte der Bildungsarbeit in Seddin sind die Landwirtschaft und der ländliche Raum. Etwa in praktischen berufsbegleitenden Weiterbildungen der Brandenburgischen Landwirtschaftsakademie: von Computerkursen über Steuer-, Arbeits- und Umweltrechtsseminare bis zur gekonnten Öffentlichkeitsarbeit für bäuerliche Betriebe. Auch vollwertige landwirtschaftliche und gartenbauliche Ausbildungen sind im Angebot, etwa als Pferdewirt, Binnenfischer oder Gärtnermeister. Daneben organisiert das Bildungszentrum ein Netzwerk für die Dorf- und Regionalentwicklung: von wirtschaftlicher Beratung der Erzeuger über Senioren- und Kirchenarbeit bis zum Tourismus. Wer möchte, kann sich in Seddin auch in der Agrar- und Europapolitik fit machen.

Abschlüsse und Aufschlüsse

Dabei will die regional tief verwurzelte Heimvolkshochschule mehr als nur fit machen für den Arbeitsmarkt. Sie verfolgt einen ganzheitlichen Bildungsansatz. So soll das Bildungsprogramm „Land aktiv“ Kinder und Jugendliche mit ihrer Heimat vertraut machen. Kurse, Praktika und Exkursionen sollen ihnen die Chancen aufzeigen, die der ländliche Raum tatsächlich auch heute noch bietet. Lehrerfortbildungen unterstützen diesen Prozess. Damit die jungen Menschen die Chancen nicht übersehen und

die Potentiale ihrer Region vielleicht eines Tages mitentwickeln.

„Die Heimvolkshochschulen stehen für die Vielfalt des Lernens“, würdigte die Bundeskanzlerin die Arbeit der Weiterbildungseinrichtung. Sie trügen maßgeblich dazu bei, dass Stadt und Land miteinander in der Balance blieben.

Der ebenfalls anwesende Präsident des Deutschen Bauernverbands, Gerd Sonnleitner, gab der Kanzlerin Recht. Vor langer Zeit habe er selbst einen Grundkurs für junge Landwirte an einer Heimvolkshochschule besucht, bekannte er.

Heimvolkshochschulen kommen ursprünglich aus Skandinavien. Seit mehr als 100 Jahren stehen sie auch in Deutschland für lebenslanges Lernen und ganzheitliche Bildung. Das Konzept vom Leben und Lernen unter einem Dach unterstreicht den ganzheitlichen Ansatz und die Bedeutung der Gemeinschaft für den Lernerfolg.

DGWF wählt neuen Vorstand

Die Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium (DGWF) hat am 19.9.2008 ihren Vorstand neu gewählt. Vorsitzender ist nun Dr. Martin Beyersdorf von der Leibniz-Universität Hannover.

Die Mitgliederversammlung, die dieses Mal an der Ruhr-Universität Bochum stattfand, wählte außerdem Prof. Dr. Joachim Ludwig, Universität Potsdam, und den Akad. Dir. Helmut Vogt, Universität Hamburg, zu stellvertretenden Vorsitzenden. Der bisherige Vorsitzende, Prof. Dr. Peter Faulstich, Universität Hamburg, hatte nicht wieder kandidiert.

„Ich freue mich auf die neuen Herausforderungen“, sagte Beyersdorf nach der Wahl. „Besonders wichtig wird sein, dass nach den vielen Aufrufen für das lebenslange Lernen nun auch ebenso vie-

le Taten folgen. Dafür setzen wir uns aus Sicht der Hochschulen ein.“

Mit 270 institutionellen und persönlichen Mitgliedern ist die DGWF ist das Sprachrohr der wissenschaftlichen Weiterbildung der Hochschulen in Deutschland. Ca. 15 Mitglieder kommen aus anderen europäischen Ländern. Der Zweck des Vereins besteht in der Förderung, Koordinierung und Repräsentation der von den Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen, Hochschulverbänden) getragenen Weiterbildung und des Fernstudiums. Dazu gehört auch die Förderung von Forschung und Lehre auf diesen Gebieten. In jüngster Zeit richtet die DGWF ihr Augenmerk zudem verstärkt auf die Rolle neuen Medien in der Hochschulweiterbildung und im Fernstudium.

Neben dem geschäftsführenden Vorstand gehören als Beisitzer zum Vorstand: Bernhard Christmann (Ruhr-Universität Bochum), Dr. Beate Hörr (Universität Mainz), Ulrike Strate (Technische Universität Berlin) und Dr. Annette Strauß (Fachhochschule Brandenburg).

Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland – Antrag der Fraktionen von CDU/ CSU und SPD vom 25. Juni 2008

Die Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD haben einen Antrag zur Lage der politischen Bildung in Deutschland vorgelegt:

Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Demokratie ist so stark, wie die Bürgerinnen und Bürger demokratisch sind. Eine Demokratie, die sich nicht um die Förderung der demokratischen Kennt-

nisse und Fähigkeiten kümmert, wird aufhören, Demokratie zu sein. Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, die Anstrengungen der politischen Bildung in unserem Land zu unterstützen und zu verstärken. Politische Bildung hat nach dem 2. Weltkrieg und der Wiedervereinigung Deutschlands einen erheblichen Beitrag beim Aufbau und der Festigung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland geleistet. In der Geschichte der Bundesrepublik ist politische Bildung und die Diskussion über politische Bildung ein wesentlicher Teil der politischen Kultur. Die deutsche politische Bildung ist im internationalen Vergleich einzigartig und bewundert. Ihre Methoden- und Trägervielfalt kann auch heute wichtige Beiträge leisten, um die aktuellen Veränderungsprozesse zu erklären, zu aktiver politischer Teilhabe zu ermutigen und damit zur Gestaltung des Gemeinwesens beizutragen.

Ziel der politischen Bildung muss sein, die aktive Wahrnehmung der bürgerlichen Rechte in unserem demokratischen Rechtsstaat zu fördern. Die Information über Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen auf den verschiedenen Ebenen, auf denen demokratische Willensbildung stattfindet, sowie über Mitwirkung- und Teilhabechancen, die jedem Bürger mit gleicher Stimme zustehen, ist die Voraussetzung dafür, dass die Akzeptanz der Demokratie steigt, das zunehmende Gefühl eigener Machtlosigkeit überwunden und eine höhere Beteiligung an Wahlen und politischer Willensbildung möglich wird.

Um die Identifizierung mit der parlamentarischen Demokratie und die Akzeptanz der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu stärken, fordern wir die Bundesregierung auf – entsprechend der Koalitionsvereinbarung – verstärkte Aktivitäten auf dem Feld der politischen Bildung zu entfalten. Politische Bildung

kann wachsende Kenntnisse und eine handlungsorientiert aktivierende Wirkung entfalten – wie wissenschaftliche Untersuchungen der letzten Jahre immer wieder gezeigt haben – und damit einen wesentlichen Beitrag gegen den allgemeinen Politikverdross und die Neigung zu autoritären Lösungen leisten. Der Bundeszentrale für politische Bildung kommt bei all diesen Aufgaben eine zentrale Bedeutung zu.

II. Im Einzelnen fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. die politische Bildung und demokratische Werteerziehung bereits in der früh-kindlichen Erziehung bzw. Bildung und der Grundschule, aber auch der schulischen und der Erwachsenenbildung stärker zu verankern. Hierzu zählt auch die Befähigung zu interkultureller Kompetenz. Die Bundeszentrale für politische Bildung wird gebeten, entsprechende Bemühungen der Länder sowie engagierter Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrkräfte im Grundschulbereich durch Arbeitsmaterialien und weitere Angebote zu unterstützen;

2. die Anstrengungen beim Kampf gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit auf dem Feld der politischen Bildung zu verstärken. Die Auseinandersetzung mit Extremismus jeglicher Provenienz, insbesondere die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Linksextremismus und religiösem Extremismus, gehört zu den dauernden Aufgaben der politischen Bildung. Die Erfahrungen und die Potentiale politischer Bildung sollen dabei stärker mit den anderen vielfältigen präventiven und repressiven Maßnahmen verzahnt werden. Aufgabe der politischen Bildung ist es auch, das bürgerschaftliche Engagement in diesem Bereich zu fördern und zu stärken;

3. politische Bildung für, aber auch

von Migrantinnen und Migranten zu entwickeln, zu verstärken und zu fördern. Der alte Befund des überragenden Einflusses von so genannten Peer Groups auf den Bildungsprozess sowie auf den Meinungsbildungsprozess von jungen Menschen gilt selbstverständlich auch für junge Migrantinnen und Migranten sowie ihre Eltern. Über Jahrzehnte hinweg haben sich die Strukturen der politischen Bildung aus nachvollziehbaren Gründen auf die deutsche Bevölkerung konzentriert. Gerade Zugewanderten sind aber die Grundzüge unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu vermitteln, um Integration auch politisch in demokratischem Sinne gelingen zu lassen;

4. weitere, zeitgemäße Formate politischer Bildung für politik- und bildungsferne Zielgruppen zu entwickeln, um die klassischen multiplikatorischen Strategien der politischen Bildung, die nach wie vor eine zentrale Aufgabe sind, durch niedrigschwellige Formate und Ansätze zu ergänzen. Wir wollen keiner Bevölkerungsgruppe politische Bildung vorenthalten. Gerade politik- und bildungsferne Gruppen sind es, die aktuellen politischen Entscheidungen besonders skeptisch gegenüberstehen und sich oft durch die Politik nicht mehr repräsentiert fühlen. Zukunftsängste, Vorurteile und Misstrauen waren schon immer schlechte politische Ratgeber;

5. neue Methoden bei der Vermittlung von Zeitgeschichte zu entwickeln. Dabei sollen sowohl die Kenntnis und als auch das Verständnis der eigenen jüngeren deutschen Geschichte und die Auseinandersetzung mit der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur ein zentraler Bestandteil politischer Bildung sein. Hier sollten fachwissenschaftlich anerkannte Kenntnisse und Informationen unter Berücksichtigung der neueren Methodenvielfalt vermittelt

werden. Die öffentlichen, mit Steuern oder Gebühren finanzierten Archive müssen deshalb Bildungszwecken stärker geöffnet und für diese genutzt werden. Die schulische politische Bildung und die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung müssen diese Herausforderungen für ihre Curricula und eine methodisch und didaktisch adäquate zeitgeschichtliche Vermittlung be- greifen. Es ist daher zwingend erforderlich, ein zwischen Bund und Ländern unter Einbeziehung der bestehenden Träger politischer Bildung abgestimmtes Gesamtkonzept der politischen Bildung zur Vermittlung von Zeitgeschichte zu erarbeiten;

6. die politische Bildung stärker für das große Zukunftsprojekt Europa zu aktivieren. Neben der klassischen Informationspolitik sollte gerade auch gegenüber den europäischen Institutionen angeregt werden, Europa stärker als Bildungsprojekt zu verstehen. Neben einer großen Formatvielfalt und infra- strukturell wichtigen Angeboten regen wir die Erleichterung von europäischen Begegnungen und die Vernetzung guter Praxis der politischen Bildung an. Zentrales Fundament einer europapolitischen Bildung ist und bleibt der demokratische Grundkonsensus eines Kontinents, der Jahrhunderte lang Kriege gegeneinander geführt hat und mit der gemeinsamen Demokratie und seinen gemeinsamen Institutionen in eine lang andauernde Phase von Frieden und wirtschaftliche Prosperität eingetreten ist;

7. die ökonomische und soziale Bildung als Teil der politischen Bildung stärker als bisher in den Vordergrund zu rücken. Die wirtschaftlichen Veränderungen im Kontext des Globalisierungsprozesses einschließlich der sozialen Auswirkungen berühren das politische Selbstverständnis der Menschen immer stärker. Globalisierung erfordert, auch

die politische Bildung aus einer globalen Perspektive zu denken. Dem Auseinanderdriften ökonomischer, sozialer und politischer Bildung ist durch ein stärkeres Aufgreifen der Thematik in der schulischen und außerschulischen Bildung entgegenzuwirken. Es gilt, politische Bildung zu fördern, die sich insbesondere mit ethisch bzw. moralisch be- gründeten Bedenken gegen Globalisierung und Marktwirtschaft auseinandersetzt. Diesbezüglich sollten Fragen nach den positiven wie negativen Auswirkungen der Globalisierung auf Staat und Gesellschaft, insbesondere bezüglich des veränderten wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums und der Veränderung des Sozialstaats, im Vordergrund stehen. Notwendig ist deshalb politische Bildung im Sinne einer Aufklärung auch über die normativen Zusammenhänge in einer globalisierten Welt. Auch sollten verschiedene Ansätze mulilateralen Handelns aufgezeigt werden. Hierzu zählt der Ansatz Global Governance, bei dem es darum geht, den Prozess der Globalisierung politisch zu gestalten. Auch Nichtregierungsorganisationen, Bürgerbewegungen, multinationale Konzerne und der globale Finanzmarkt haben Einfluss auf globales Handeln. Globalisierung sei hier verstanden als die Integration von Märkten sowie internationale Arbeitsteilung. Die ökonomische Bildung als Teil der politischen Bildung hat zur Aufgabe, unterschiedliche politik-ökonomische Zugänge bzw. wirtschaftspolitische Theorien aufzuzeigen. Sie ist ebenso Grundlage für eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema Globalisierung wie das Wissen über Ziele und Funktionsweisen der sozialen Marktwirtschaft;

8. zu prüfen, inwiefern die Förder Richtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung einer sich verändernden Praxis bei den Trägern politischer Bildung durch mehr Flexibilisierung und

Modifizierung Rechnung tragen können. Politische Bildung muss sich heute in einem konkurrierenden Bildungsmarkt behaupten und sollte dabei durch Förderungsinstrumente unterstützt werden, die es erlauben, zielgruppenspezifisch und mit großer Methodenvielfalt zu arbeiten;

9. die wissenschaftlichen Grundlagen der politischen Bildung und hier insbesondere die Forschung über Voraussetzungen, Methoden und Wirksamkeit politischen Lernens zu stärken.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung des Weiteren auf,

auch in der Zukunft an der Aufgabe der politischen Bildung festzuhalten und sie weiterzuentwickeln. Neben den den Parteien im Deutschen Bundestag nahestehenden politischen Stiftungen ist das Augenmerk dabei gerade auch der überparteilich und für die Zivilgesellschaft arbeitenden sowie über 340 Träger der politischen Bildung fördernden Bundeszentrale für politische Bildung zu widmen. Den genannten Herausforderungen ist im Rahmen der geltenden Finanzplanung Rechnung zu tragen. Der Deutsche Bundestag begrüßt vor diesem Hintergrund die in der Koalitionsvereinbarung niedergelegte Absicht, die politische Bildung zu stärken.

Berlin, den 25. Juni 2008

*Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion
(Deutscher Bundestag)*

Personalia

Zum Gedenken an Barbara Fülgraff

Ihrem eigenen Verständnis nach war sie vor allem Soziologin, ihr wissenschaftliches Renommee ist das einer herausragenden Gerontologin und einer engagierten Professorin für Erwachsenenbildung. Nach Wanderjahren durch etliche Studienorte und Studienfächer hat sie 1963 mit einer Arbeit über Fernsehen und Familie (damals noch ein hochaktuelles Thema) promoviert und wurde 1972 als erste Professorin an die neu gegründete Universität Oldenburg für das Fach Erwachsenenbildung/Weiterbildung berufen. Mit großer Energie und immer mit freundlichem Charme hat sie in ungezählten Berufungs- und Studienkommissionen am Aufbau der Universität und besonders des Faches Erwachsenenbildung mitgewirkt. Die Öffnung der Oldenburger Universität für ältere Erwachsene zu einem so frühen Zeitpunkt ist ohne sie kaum zu denken.

Sieht man die lange Liste ihrer Publikationen an, so geht es häufig um das Altern und die Bildung:

„Frauen um 60“; „Vom Sprechen und Gehen: ältere Frauen lernen“; „Leben als Erfahrung und Experiment: Frauen an der Schwelle zum Alter“; „Neue Forschungsfelder: Beispiel Altenbildung“; „Vorbereitung zum Ausscheiden aus dem Erwerbsleben“. Leser der „Hessischen Blätter“ erinnern sich vielleicht noch an einen Aufsatz zusammen mit Brunhilde Arnold: „Intergenerationelles Lernen“ oder an diesen „Lernen in der zweiten Lebenshälfte: Überlegungen zur lebenslangen Sozialisation“. Auch mal so: „...Vabrührte Milch un Langeweile? Wenn Ehen alt geworden sind.“ Oder einfach „Erwachsenenpädagogik“.

Auch international haben ihre Arbeiten in mehreren Ländern und Sprachen Resonanz gefunden.

In Oldenburg und weiter im Lande war Barbara Fülgraff in verschiedenen Erwachsenenbildungseinrichtungen leitend und beratend tätig. Sie ist Trägerin des Verdienstkreuzes des Niedersächsischen Verdienstordens.

Ihre wichtigste Sorge galt ihren Studierenden, und zwar denen aus den unterschiedlichen Generationen, denen im regulären Studium wie denen über 60. Viele hat sie für ihre Examina zu empirischen Arbeiten angeleitet. Sie war eine sehr beliebte und verehrte, aber auch konsequente akademische Lehrerin. Über ihren Beruf hat sie gesagt: „Unser Ziel haben wir erreicht, wenn es den Studierenden gelingt und wenn es ihnen Freude macht, Wissen selbst herzustellen.“

Zur Verabschiedung aus dem Hochschuldienst nach 50 Semestern fand ein großes Symposium statt: „Es war nicht immer nur Glück...“ Frauen im Beruf und im öffentlichen Leben. Einer langen Reihe von Vorträgen hat Barbara Fülgraff „Nach-Gedanken“ angefügt. „So ist es wohl: die Schwerelosigkeit, mit der eine Ballerina die Anziehungskraft der Erde zu überwinden scheint; die Leichtigkeit, mit der eine Wissenschaftlerin einen schwierigen Sachverhalt in einer anschaulichen Sprache vermitteln kann; die Sicherheit, mit der eine Managerin in mühsamen Verhandlungen gerade den richtigen Ton und die richtigen Argumente findet, die dem Fortgang dienlich sind – in jedem Falle ist es harte Arbeit, wenn’s gelingen soll.“ Das hat Barbara Fülgraff sehr genau gewusst und erfahren, dass die Selbständigkeit und die Freiheit eines akademischen Lehramtes nur um den Preis der harten Arbeit zu gewinnen sind. Von ihrer Zeit an der Universität hat sie gesagt: „Es war ein

gutes Stück Leben“. Es war eine gute Zeit mit ihr als Kollegin.

Am 15. Januar 1935 wurde Barbara Fülgraff geboren, am 10. Mai 2008 ist sie nach einer schweren Leidenszeit gestorben.

Hans-Dietrich Raapke

In memoriam Werner Korthaase

Am 6. Mai 2008 ist in Berlin Werner Korthaase kurz nach Vollendung des 71. Lebensjahres verstorben. Der langjährige Direktor der Volkshochschule Neukölln hat seine letzten Lebensjahre in ungewöhnlich intensiver und fruchtbarer Arbeit dem Geistlichen und großen Pädagogen Johann Amos Comenius gewidmet, sein Leben und Werk erforscht und seine Bedeutung für die Erwachsenenbildung erschlossen. Werner Korthaase war nahezu dreißig Jahre in Berlin als Volkshochschuldirektor tätig, befasste sich Jahrzehnte lang mit dem Leben und Werk von Johann Amos Comenius (1592–1670) und gehörte 1992 zu den Neugründungsmitgliedern der Deutschen Comeniusgesellschaft, deren Erstgründung 1891 erfolgte und die 1934 von den Nationalsozialisten verboten wurde. Er hat wie kaum ein anderer pädagogisches Engagement mit praktischer Volkshochschularbeit und wissenschaftlichem Interesse für das Werk von Comenius verbunden und setzte sich für eine Wiederbelebung des Vermächnisses von Comenius ein. Um sein Leben und Werk zu erforschen, beschäftigte sich Korthaase mit dessen lateinisch verfassten Schriften und erlernte im Alter die tschechische Sprache. Er veröffentlichte einige hundert Bücher, Vorträge, Aufsätze, Bibliographien und Rezensionen und fand u. a. durch das von ihm herausgegebene Comenius-Jahrbuch internationale Beachtung. Durch Kongresse und Tagungen zur Erforschung, Reflexion und

Interpretation von Comenius hat er weit über Deutschland hinaus die Comenius-Forschung befruchtet. Indem er die Bedeutung von Comenius für die Erwachsenenbildung erschloss, hat er uns bewusst gemacht, dass dieser als einer der Begründer der Erwachsenenpädagogik und des lebenslangen Lernens gelten kann: Die Rezeption seiner „Pampaedia“ von 1657 hat den Anspruch verkündet, Bildung als Allerziehung zu begreifen, die alle Bereiche des Lebens durchdringt und alle Altersstufen des Menschen umfasst. Werner Korthaase hat das Diktum lebenslangen Lernens in seinem historischen Gehalt auf die Schriften des Johann Amos Comenius (1592–1670) zurückgeführt und zugleich selber praktiziert. Die Wissenschaft würdigte die Verdienste von Dipl.-Pol. Werner Korthaase durch die Verleihung des Dr. phil. (Prag) und des Dr. h.c. (Drohobyc).

Volker Otto

VÖV-Ehrenpräsidentin Gertrude Fröhlich-Sandner verstorben

Manche Persönlichkeiten haben sich in besonderer Weise um Bildung und Kultur verdient gemacht und diese Verdienste auch für Erwachsenenbildung und Volkshochschulen erworben. Zu ihnen gehört die am 13. Juni 2008 im 83. Lebensjahr in Wien verstorbene Gertrude Fröhlich-Sandner, langjährige Präsidentin und Ehrenpräsidentin des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen (VÖV). Die ehemalige Volksschullehrerin wurde 1959 in den Wiener Gemeinderat gewählt, war Stadträtin für Kultur, Schulverwaltung und Sport, Vizebürgermeisterin und Landeshauptmann-Stellvertreterin von Wien. Als Stadträtin für Bildung und außerschulische Jugendarbeit erwarb sie sich große Verdienste um die Volkshochschulen und die Er-

wachsenenbildung. Dank ihres Engagements vervielfachten sich z.B. die Subventionen der Stadt Wien für die Volkshochschulen. Von 1984 bis 1987 gehörte sie als Bundesministerin für Familien, Jugend und Konsumentenschutz der österreichischen Bundesregierung an.

1988 zur Präsidentin des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen (VÖV) gewählt – ein Amt, das sie bis 1999 innehatte – förderte sie die Professionalisierung der Volkshochschularbeit, das Engagement der Volkshochschulen in der beruflichen Bildung und die internationale Arbeit des VÖV. Den österreichischen Volkshochschulen half sie, die Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung zu überwinden und Bildung nicht nur als Qualifizierung zu verstehen, ein Anliegen, das die in ihrer Amtszeit 1990 gegründete, angesehene Pädagogische Arbeits- und Forschungsstelle des VÖV bis in die Gegenwart erfüllt. Auch die deutsche Erwachsenenbildung profitierte von ihrem Engagement: Die Salzburger Gespräche als Foren der internationalen Diskussion der Erwachsenenbildung sowie Begegnungen der Verbandsspitzen von VÖV und Deutschem Volkshochschul-Verband (DVV) wurden von ihr gleichermaßen gefördert. Wie kaum eine andere hat sie in Österreich Bildung und Kultur mitgestaltet – nicht nur in den genannten politischen und Volkshochschulverbands-Ämtern, sondern auch als Präsidentin der Wiener Festwochen, der Wiener Symphoniker und des Wiener Fremdenverkehrsverbandes. Die ehemalige VÖV-Präsidentin hat sich über Österreichs Grenzen hinaus für die freie Erwachsenenbildung im demokratischen Staat vorbildlich engagiert. Ihre Heimatstadt Wien dankte ihr mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft.

Volker Otto

Rezensionen

Schreiber-Barsch, Silke (2007). Learning Communities als Infrastruktur Lebenslangen Lernens. Vergleichende Fallstudien europäischer Praxis. Reihe: Erwachsenenbildung und lebensbegleitendes Lernen, Band 10, Bielefeld: wbv, 348 S., Preis: 34,90 Euro, ISBN 978-3-7639-3332-7

Seit 2001 ist Lebenslanges Lernen die vorgegebene Bildungsprogrammatische der Europäischen Kommission, um die Europäische Union zu einem wettbewerbsfähigen, dynamischen und wissensbasierten Raum zu machen und die persönliche Entwicklung des Einzelnen zu fördern. Innerhalb dieses Rahmens entstanden und entstehen Learning Communities als regionale Lernnetzwerke, die als neue Lerninfrastruktur Lebenslanges Lernen in genannter Weise fördern sollen. Vertreter aus der Bildungswissenschaft befassen sich seit langem aus lern-, institutions- und bildungspolitischer Perspektive mit der Thematik des Wandels von Lernformen und -infrastrukturen. Schreiber-Barsch knüpft mit ihrer Dissertation an diese bildungswissenschaftlichen und -politischen Diskurse an.

Im Rahmen ihrer international vergleichenden quantitativ-qualitativen Forschungsarbeit geht Schreiber-Barsch anhand dreier Fallbeispiele der Frage nach, welches Verständnis von Lebenslangem Lernen in den theoretischen wie praktischen Ansätzen europäischer Learning Communities vorliegt und was die Umsetzung der jeweiligen Programmatische für die Lerninfrastrukturen bedeutet. Die Arbeit ist in neun Kapitel gegliedert: Begrifflichen Vorklärungen zum Lebenslangem Lernen folgen konzeptionelle Ausführungen über historische und aktuelle

Schlüsseldokumente über Lebenslanges Lernen und die Klärung der Gestalt von Learning Communities. Nach der Erläuterung des Forschungsprozesses werden die Ergebnisse der Einzelfallanalysen dargestellt und in einer Schlussfolgerung zusammengefasst.

Schreiber-Barsch plädiert dafür, Lebenslanges Lernen als Metapher zu charakterisieren und nicht als präzise Definition eines Sachverhalts. Um sich aber von bisher wenig differenzierten Analyseperspektiven oder nicht weiter belegten Deklarationen abzugrenzen, will sie gleichwohl Lebenslanges Lernen als Begriff im Sinne eines „Terminus technicus“ (S. 25) verwenden und präzisiert diesen durch die vier Inhaltsdimensionen Zeit, Gesellschaft, Subjekt und Arbeit. Diese spiegeln wider, dass die institutionalisierte Erwachsenenbildung keinen Monopolanspruch auf das komplexe Lebenslange Lernen hat, sondern lediglich einen Zuständigkeitsbereich darstellt. Der darauf folgende historische Diskurs zeigt Ursprünge, erste Beiträge und Konzepte bis in die 1980er Jahre zum Thema „Ein Leben lang lernen“ in Europa auf. Dabei findet eine Eingrenzung auf zwei zentrale Bezugsmotive „Legitimationsformel des Wandels“ und „Zuerkennung von Lernfähigkeit“ (S. 40 ff.) statt. Schreiber-Barsch behandelt die historische Entwicklung des Lebenslangen Lernens nach einem neuartigen, mehrdimensionalen Ordnungsschema. Dieses konstituiert sich aus den vier Inhaltsdimensionen aus Kapitel eins, den beiden genannten Bezugsmotiven sowie zusätzlich aus einem unveröffentlichten Klassifikationsschema von Konzepten des Lebenslangen Lernens nach Zeuner (2002), das von Schreiber-Barsch erweitert wird (S. 69). Diese ausführliche Vorgehensweise ist dem langen Weg der Verschiebung einer reinen Bildungsprogrammatische hin zur tatsächlichen Implementierung angemessen.